

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Mario Lindner**,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Erstellung einen Nationalen Aktionsplans zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von LGBTIQ+ Personen**

eingbracht im Zuge der Debatte zu TOP 16.) zum Bericht des Gesundheitsausschusses über den LGBTIQ+ Gesundheitsbericht 2022 III-1035 d.B. (2527 d.B.)

Marginalisierte Gruppen wie die LGBTIQ+ Community sind nach aktuellen Forschungsstand von Minderheitenstress betroffen, der sich insbesondere auf die psychosoziale Verfassung auswirkt. Das wird auch im LGBTIQ+ Gesundheitsbericht 2022 deutlich:

- Depressionen: Rund die Hälfte der Befragten berichtete von depressiven Verstörungen in den vergangene 12 Monaten, 29 Prozent mit ärztlicher Diagnose.
- Angststörungen: 39 Prozent der Befragten berichteten von Angststörungen.
- 34 Prozent berichteten von Burn-Out, 20 Prozent von Posttraumatischen Belastungsstörungen, 19 Prozent von Essstörungen.
- Besonders betroffen sind Menschen mit trans*, inter- und nicht-binäre Personen

Besonders deutlich werden die psychosozialen Belastungen für LGBTIQ+ Personen in Hinblick auf selbstverletzendes oder suizidales Verhalten: „67 Prozent der Personen mit anderen sexuellen Orientierungen (queer, asexuell u. a.) und 54 Prozent der bi-/pansexuellen, 44 Prozent der lesbischen sowie 17 Prozent der schwulen Personen gaben an, sich bereits absichtlich selbst verletzt zu haben, ohne dabei sterben zu wollen. Je drei Viertel der Personen mit anderen sexuellen Orientierungen und der bi-/pansexuellen Personen gaben an, bereits einmal an Suizid gedacht zu haben, ohne Suizid wirklich begehen zu wollen. 60 Prozent der lesbischen und mehr als die Hälfte der schwulen (53 %) Teilnehmenden hatten laut eigenen Angaben bereits Suizidgedanken.“ Besonders hoch sind diese Tendenzen in den Altersgruppen 15-19 und 20-29 Jahre.

Besondere Herausforderungen für LGBTIQ+ Personen sind laut Bericht das mangelnde Wissen von Ärzt:innen über spezifische Gesundheitsthemen, sowie die Pathologisierung von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Variationen der Geschlechtsmerkmale durch medizinisches Personal. 12 Prozent der Befragten gaben an, ihre Ärzt:innen häufig über LGBTIQ+spezifische (Gesundheits-)Themen aufklären zu müssen, 21 Prozent manchmal.

Durch diese Diskriminierungserfahrungen zeigt die LGBTIQ+ Community eine starke Tendenz zu Vermeidungsverhalten: 29 Prozent der Befragten gaben an, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung/Geschlechtsidentität trotz Behandlungsbedarfs bereits Fachärzt:innen vermieden zu haben, 25 Prozent Hausärzt:innen, 20 Prozent psychosoziale Angebote, 17 Prozent Krankenkassen. Die Befragung zeigt auch, dass sich LGBTIQ+ Befragte bei allgemeinen und spezifischen Gesundheitsfragen überdurchschnittlich wenig an Allgemeinmediziner:innen und dafür sehr stark an Online-Angebote, spezifische LGBTIQ+ Beratungsstellen und ihr soziales Umfeld wenden.

Für das heimische Gesundheitswesen lauten erste Empfehlungen daher, innerhalb und außerhalb des Gesundheitssystems Bewusstsein für die gesundheitliche Versorgung von LGBTIQ+- Personen zu schaffen, um einen diskriminierungsfreien und gesicherten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Die Curricula der Bereiche Medizin, Pflege und Betreuung sollten somit die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt umfassen.

Diese Befunde zeigen aber ganz deutlich, dass es rasch erforderlich ist, auf allen politischen Ebenen Bewusstsein für die gesundheitliche Versorgung von LGBTIQ+- Personen zu schaffen und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Situation umzusetzen.

Europaweit haben laut Bericht 15 Staaten nationale Aktionspläne auf den Weg gebracht, um Maßnahmen wie verbesserte Suizidprävention bei LGBTIQ+-Personen und Kostenerstattung bei spezifischen Gesundheitsleistungen umzusetzen.

Österreich sollte ihrem Vorbild folgen. Deshalb stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht, zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und um einen diskriminierungsfreien und gesicherten Zugang zur Gesundheitsversorgung für LGBTIQ+ Personen zu ermöglichen, einen nationalen Aktionsplan zu erlassen.“

Nunt
(NUSSBAUM)

Gideonius-Hoseh

Muchitsch
(MUCHITSCH)

J. Lindner
(LINDNER)

Seewayer
(Seewayer)

